

Reformen

Früher ein Steuersatz für Millionäre – heute für Facharbeiter

28. Mai 2026, 16:11 Uhr | Lesezeit: 4 Min.

Gut- und Durchschnittsverdiener wurden bei Steuerreformen immer weiter benachteiligt, rechnet Experte Günter Striewe vor. Das müsste jetzt nur noch der „liebe Friedrich“ kapieren.

Von Claus Hulverscheidt, Berlin

Günter Striewe hat sie noch erlebt, jene schaurigen Zeiten, die Steuerpolitikern von heute vorkommen müssen wie dunkelstes Mittelalter. 1958 etwa: Damals zog der Staat schon vom allerersten verdienten Pfennig an satte 20 Prozent an Einkommensteuer ein, wenn man den läppi-schen Jahresfreibetrag von umgerechnet 860 Euro einmal kurz außen vor lässt. Der Spitzensteuersatz lag gar bei 53 Prozent. Die Deutschen waren in jenen Gründerjahren ein geknechte-tes, vom Finanzamt heimgesuchtes Volk, das kaum Luft zum Atmen hatte. „Es war“, sagt Striewe heute, „eine gute Zeit.“

Eine gute Zeit? Wie bitte? Man könnte meinen, der ausgewiesene Steuerfachmann und langjäh-rige Beamte in Diensten der Finanzverwaltung von Nordrhein-Westfalen habe sich vielleicht versprochen oder die Jahrzehnte miteinander verwechselt. Doch weit gefehlt: Der heute 83-Jährige weiß ganz genau, wovon er redet.

Vor allem aber hat es sich Striewe in seinem alles andere als ruhigen Ruhestand zur Aufgabe ge-macht, die Regierenden im Land umfassend über die zunehmenden Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen im deutschen Steuerrecht aufzuklären. Von einstigen Großkopferten wie Robert Habeck und Christian Lindner bis zu den heutigen Granden Friedrich Merz, Markus Sö-der und Lars Klingbeil. Den Bundeskanzler schreibt er dabei gerne mal mit „Lieber Friedrich“ an, schließlich duzt man sich unter den Mitgliedern des katholischen Kolpingwerks. Hunderte E-Mails und Briefe hat Striewe über die Jahre geschrieben. Antworten allerdings erhielt er nur selten.

Gewinner der Reformen sind jene, die mehr als 750 000 Euro im Jahr verdienen

Dabei legt der rüstige Rentner aus dem rheinischen Langenfeld den Finger völlig zu Recht in die Wunde. Das Problem ist nämlich: Zwar liegen die Steuersätze heute mit einer Spanne von 14 bis 45 Prozent deutlich niedriger als 1958, was aus Sicht von Bürgern und Unternehmen ja erst ein-mal gut klingt. Aber: Diese Steuersätze greifen allesamt schon bei viel, viel niedrigeren Beträgen als vor rund 70 Jahren. Wer beispielsweise als Single heute ein Jahresgehalt von 50 000 Euro be-

zieht, muss vom letzten verdienten Euro etwa 35 Cent an den Fiskus abtreten. 1958 hätte der sogenannte Grenzsteuersatz desselben Arbeitnehmers – hochgerechnet auf die heutige Kaufkraft – nur 20 Prozent betragen.

Ausgerechnet die Gering-, die Durchschnitts- und Besserverdiener also sind die großen Verlierer aller Steuerreformen, die es über die Jahrzehnte gegeben hat. Gewinner hingegen sind alle jene, die Gehälter weit jenseits des Durchschnitts beziehen, das beginnt etwa bei einem Jahreseinkommen von rund 750 000 Euro. An diesem Zustand werden auch die jetzt geplanten Tarifänderungen der Herren Merz, Klingbeil und Söder nichts ändern.

Es wird in der aktuellen politischen Debatte durchaus ab und an erwähnt, dass man früher etwa das Zwanzigfache des Durchschnittseinkommens verdienen musste, um mit dem Spitzensteuersatz in Berührung zu kommen. Und dass man heute hingegen schon mit dem Fünfeinhalbfachen jenes Durchschnittsverdiensts als vermögend gilt und entsprechend den „Reichensteuersatz“ von 45 Prozent bezahlen muss. Den regulären Spitzensteuersatz von 42 Prozent erreicht man sogar schon mit dem Eineinhalbfachen des Durchschnittsgehalts. Anders gesagt: Was einmal ein Steuersatz für Millionäre war, ist heute der Steuersatz mancher Facharbeiter und Angestellter.

Heute steigen die Steuersätze oberhalb des Freibetrags sprunghaft an. Was Steuerfachmann Striewe nun getan hat, ist, die abstrakten Multiplikatoren durch konkrete Einkommenszahlen zu ersetzen und die Fehlentwicklung damit anschaulich zu machen. Konkret: Ab welchem Einkommen müsste man heute den Spitzensteuersatz zahlen, wenn der vermeintlich so haarsträubend schlimme Steuertarif von 1958 noch gelten würde?

Damals war es so, dass die ersten 1680 D-Mark, also umgerechnet rund 860 Euro, des zu versteuernden Einkommens als Grundfreibetrag unbelastet blieben. Rechnete man nun alle Inflationsraten seither zusammen, müsste dieser steuerliche Grundfreibetrag heute 16 373 Euro betragen. Tatsächlich liegt er jedoch bei lediglich 12 348 Euro. Erster Fehler zulasten gerade der untersten Einkommen.

Nun aber wird es dramatisch. Anders als heute stiegen nämlich die Steuersätze oberhalb dieses Freibetrags nicht sprunghaft an, sondern verharrten zunächst einmal bei 20 Prozent – und zwar bis zu einer Summe von 8009 D-Mark. Kaufkraftbereinigt entspräche das heute einem Betrag von 78 057 Euro. Bedeutet also: Während man 1958 mit diesem Verdienst immer noch den Eingangsteuersatz bezahlte, ist man heute mit dem gleichen Einkommen schon ganz in der Nähe des Spitzensteuersatzes, der für einen Single ab einem Bruttojahreseinkommen von etwa 80 000 Euro greift.

Die Belastungen innerhalb des Steuersystems haben sich verschoben

Früher Eingangssatz, heute Spitzensatz – das allein zeigt, wie sich die Belastungen innerhalb des Systems verschoben haben. Der Unterschied ist im Portemonnaie dramatisch und psychologisch verheerend, denn der Staat steckt damit nicht nur gut verdienende Facharbeiter mit Top-Managern, Fußballstars und Showgrößen in ein und dieselbe Schublade. Er mindert auch den Anreiz, überhaupt arbeiten zu gehen.

Noch dramatischer wird das Bild, wenn man vergleicht, von welchem Einkommen an der Spitzensteuersatz fällig wird. 1958 war das bei 110 040 D-Mark, also umgerechnet knapp 56 300 Euro, der Fall. Das entsprach besagtem Zwanzigfachen des damaligen durchschnittlichen Jahresbruttolohns von 5330 D-Mark. Von 110 041 D-Mark an also wurde jeder zusätzlich verdiente Pfennig mit 53 Prozent besteuert. Würde dieser Einkommensgrenzwert immer noch gelten, müsste der aktuelle Höchstsatz von 45 Prozent rechnerisch erst von einem zu versteuernden Einkommen von 1 072 405 Euro an bezahlt werden und nicht von 277 826 Euro an.

Striewes Fazit: Während der Steuertarif früher unendlich langgestreckt war und nur wirklich Reiche mit den höchsten Steuersätzen belegt wurden, kassiert der Staat heute vor allem in der breiten Mitte ab. Das ist wenig verwunderlich, denn hier gibt es für die öffentlichen Haushalte am meisten zu holen. Viele echte oder vermeintliche soziale Errungenschaften, die es seit 1958 gab, wären ohne dieses Finanzvolumen gar nicht bezahlbar.

Günter Striwe ist dennoch sauer. Dabei gehörte er lange der FDP an, jener Partei also, die Steuersenkungen irgendwann zu einer Art Religion verklärt hatte. Striwe entwarf jedoch zu einer Zeit Konzepte für die nordrhein-westfälischen Liberalen, als dort noch Männer wie Andreas Pinkwart wirkten, Männer also, die die Begriffe „Leistungsträger“ und „Porschefahrer“ nicht für identisch hielten. Später trat Striwe aus Protest gegen den damaligen Parteichef Guido Westerwelle aus.

Heute, mit 83 Jahren, klingt er eher wie ein Sozial- als wie ein Freidemokrat, wenn er proklamiert: „Es sind heute die reichen Reichen, die den Hals nicht vollkriegen und nicht angemessen besteuert werden.“ Fazit sei, dass dem Staat auf diesem Wege die Einnahmen verloren gingen, die er dringend bräuchte, um seine Aufgaben sachgerecht zu erfüllen und gleichzeitig die unteren und mittleren Einkommen zu entlasten. Dann, so Striwe, „hätten die einfachen Bürger auch wieder mehr Netto vom Brutto in der Tasche und könnten sich mehr leisten.“

Das alles müssen jetzt nur noch der „liebe Friedrich“ und seine Koalitionäre begreifen. Wahr jedenfalls ist: Die Fakten geben Kolpingbruder Günter recht.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/li.3489363

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.